

Die „Reichspost“ an die christliche Bevölkerung.

Eine Mitteilung.

Wien, am 25. November.

Wir halten uns für verpflichtet, unsere Leser und Freunde und die ganze christliche Bevölkerung rechtzeitig auf die Möglichkeit eines Gewaltaktes gegen die „Reichspost“ aufmerksam zu machen.

Es ist erwiesen, — n. a. durch vorzeitige Berichte über den Vollzug an auswärtige Blätter, — daß schon am Tage der Ausrufung der Republik gegen die „Reichspost“ ein ähnlicher Anschlag geplant war, wie er gegenüber der „N. Fr. Pr.“ vorübergehend zur Durchführung gekommen ist.

Nun ist uns heute von zuverlässig unterrichteter Seite die Mitteilung zugekommen, daß die Absicht eines gewalttätigen Ueberfalls auf die „Reichspost“ fortbesteht. Begründet wird das Vorhaben diesmal mit der Schreibweise der „Reichspost“, womit klar erwiesen ist, daß es der Zweck des geplanten Ueberfalls ist, die Hunderttausende, deren Anschauungen die „Reichspost“ verdolmetst, um die Pressefreiheit zu bringen und mundtot zu machen.

Wohl kaum ein anderes Wiener Blatt hatte während des Krieges von der Zensur des alten Regimes so zu leiden wie die „Reichspost“, die mit einer Kurzsichtigkeit und tendenziösen Mißverständlichkeit ohnegleichen selbst an der loyalsten Kritik gehindert wurde. Mit der politischen Umwälzung kam die Pressefreiheit und der „Reichspost“ kann kein Gewissenlender die Anerkennung versagen, daß sie sich bemüht hat, sich der neuen Freiheit würdig zu zeigen; ihr eigenes, sittliches Pflichtgefühl bewahrte sie davor, die Freiheit in Zügellosigkeit ausarten zu lassen. Die Fesseln der Zensur sind verschwunden, die Pressefreiheit ist da, aber nun soll die „Reichspost“ mit Gewalt gehindert werden, davon Gebrauch zu machen. Das Ergebnis wäre, daß für die christliche Bevölkerung auch nach der politischen Umwälzung, auch in der Ära des freien Volksstaates die Zensur in der verschärften Form, bis zur völligen Knebelung und Entrechtung fortbestünde.

Die politische Haltung der „Reichspost“ kann — dies stellen wir nach gewissenhafter Ueberprüfung aller Äußerungen der „Reichspost“ während der letzten Wochen fest — keinerlei Gewaltakt gegen sie begründen. Aufrichtig und ohne jeden Hintergedanken hat sich die „Reichspost“, wie sie wiederholt bestimmt erklärte, ebenso wie die christlichsoziale Partei auf den Boden der geschaffenen Tatsachen gestellt. Die von ihr mehrfach geäußerte Ansicht, daß nach der Wiederkehr friedlicher Verhältnisse am besten das Volk selbst in freier Abstimmung die endgültige Staatsform bestimmen möge, kann ihr in wahrhaft demokratischen Kreisen unmöglich zum Verbrechen angedreht werden. Daß die „Reichspost“ mit besonderer Entschiedenheit an die Rechte der Heimkehrer, unserer Helden von der Front, die Ansprüche der Invaliden und der Hinterbliebenen unserer gefallenen Helden erinnert hat, die in den inneren Wirren nicht vergessen werden dürfen und für die zu sorgen die oberste und heiligste Pflicht des Vaterlandes ist, daß sie mit allem Nachdrucke gefordert hat, die Schuldigen des schrecklichen Zusammenbruches, die Kompromittierten der Korruptions- und Judenwirtschaft zur Rechenschaft zu ziehen, die Kriegsgewinner nicht mitsamt ihrer Beute ins Ausland entkommen zu lassen, das alles kann keinen Grund abgeben, die „Reichspost“ durch eine Gewalttat zum Verstummen zu bringen. Auch Kritik haben wir an manchen Erscheinungen und Personen, Vorkommnissen und Handlungen der neuen Ära geübt und gegen manche Bestrebungen, die uns nicht gefallen und die unseren Grundsätzen widersprechen, polemisiert, pflichtgemäß, als Sprachrohr und Sachwalter der christlichen Bevölkerung. Aber dies muß in einem freien Volksstaat gestattet sein.

Auch die christliche Bevölkerung will mitreden, wenn Deutschösterreich gebaut wird. Es wäre unerträglich Abjektivismus, wenn es da nur für eine Partei ein Recht auf Meinungsäußerung gäbe und wenn jede andere Ansicht, und wäre sie noch so unbequem, einfach niedergeknüppelt würde.

Wir können uns somit den Plan eines Gewaltaktes gegen die „Reichspost“ nur erklären als Ergebnis der beispiellosen Hege einer Anzahl von Demagogenblättern, die seit Wochen und Tagen mit den unerhörtesten und unsinnigsten Erfindungen die Leidenenschaften der Straße aufpeitschen und Irreführte gegen die „Reichspost“ mobilisieren, um auf diese Weise die christliche Bevölkerung ihres publizistischen Sachwalters zu berauben.

Indem wir der christlichen Bevölkerung von diesen Plänen Mitteilung machen, erinnern wir sie zugleich an die Tatsache der bereits bestehenden ungeheuren Pressübermacht ihrer Gegner. Dank der Kurzsichtigkeit jener Kreise, auf welche jetzt die Folgen ihrer Pressveräumnisse niederprasseln, ist die publizistische Vertretung der christlichen Bevölkerung auf dem täglichen Schlachtfelde der öffentlichen Meinung schon bisher ganz unverhältnismäßig gering, fast verschwindend. Aber nicht einmal die schwache Möglichkeit einer Verteidigung der christlichen Bevölkerung soll gebuldet, diese soll völlig mundtot gemacht werden, und was Drohungen nicht erreichen, soll Gewalt vollbringen. Was dann folgen würde, wenn die Stimme des christlichen Volkes verstummt wäre, davon kann sich jeder, der die erschreckende Verjüngung aller Gewalten ringsum, die unheimliche Geschäftigkeit und Aktionslust der im Krieg zu Reichümern gelangten Kreise betrachtet, eine Vorstellung machen.

Die „Reichspost“ wird ihre Pflicht erfüllen, so lange die physische Möglichkeit besteht. Bewußt der großen Verantwortung, die jetzt auf den Schultern eines jeden deutschösterreichischen Bürgers lastet und gewillt, der Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe zu dienen, welche die Existenzbedingung des neuen Staatswesens und für die Bevölkerung eine Lebensfrage bildet, ist die „Reichspost“ entschlossen, allen Anlässen aus dem Wege zu gehen, die als Vorwand für Gewaltakte benützt werden könnten. Freilich, auch der redlichste Wille schützt nicht gegen Mißdeutung und gegen Verdächtigung durch die Bosheit. Aber die christliche Bevölkerung weiß nun, was geplant ist, und wird, wenn eines Tages der Plan Wirklichkeit geworden sein sollte, nicht mehr überrumpelt sein.